

wirtschaft

SAMSTAG, 9. JANUAR 2010

TAGBLATT 26

Kreditkarten wieder fit für Einkauf

Das Einkaufen mit deutschen EC-Karten ist wieder problemlos möglich. Das soll auch für die Schweiz gelten.

BERLIN. Nach einer Woche Ärger mit abgelehnten Zahlungskarten gaben der deutsche Detailhandel und das Kreditgewerbe Entwarnung. Ein neues Programm für die Zahlungsterminals an den Ladensparkassen machte das System wieder funktionstüchtig. Banken und Sparkassen wollen die Gebühren erstatten, die ihren Kunden entstanden sind, weil sie vorübergehend am Automaten nicht an Geld kamen. Die Einzelheiten müssten die Kunden mit ihrer jeweiligen Bank klären, hiess es.

Schweiz: «Keine Probleme»

Im europäischen Ausland werden EC- und Kreditkarten zum Teil aber noch immer abgelehnt. In der Schweiz gebe es hingegen keine Probleme mehr, sagte eine Sprecherin des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes in Berlin. Die Panne mit 30 Mio. fehlerhaft programmierten deutschen EC- und Kreditkarten trat seit dem Jahreswechsel auf. Ein Programm im Mikrochip verarbeitete die Jahreszahl 2010 nicht richtig. Die meisten Automaten geben bereits seit Donnerstag wieder Bargeld an alle Karteninhaber aus. Kriminelle nutzten die Kartenprobleme laut Medienberichten für Betrugsversuche. Im Rhein-Main-Gebiet seien Karteninhaber von angeblichen Servicemitarbeitern mit Verweis auf die technischen Probleme aufgefordert worden, Kartendaten und Geheimzahl anzugeben.

Angst vor Klebestreifen

Zuletzt war befürchtet worden, dass die defekten deutschen Karten auch in der Schweiz zusätzlich Probleme machen könnten. Denn findige Karteninhaber hatten versucht, die fehlerhaften Chips mit Klebestreifen zu überdecken. Dadurch griffen die Bancomaten auf den noch funktionierenden Magnetstreifen der Karte zurück. Allerdings bestand die Gefahr, dass abgelöste Klebestreifen das Gerät blockierten. An Schweizer Bancomaten hätte der Trick ohnehin nicht funktioniert – die Geräte lesen nur noch die Chips, aber keine Magnetstreifen mehr. (sda)

Bundesrat mit Scheuklappen

Der Richterspruch gegen die Finanzmarktaufsicht Finma öffnet die Tür für Klagen gegen die Behörde und gegen die Eidgenossenschaft. Das sagt Professor **Peter V. Kunz** und was er von Finma-Präsident Haltiner und Bundesrat Merz hält.

Herr Kunz, wie bewerten Sie das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gegen die Finma?

Peter V. Kunz: Im Ergebnis ist es absolut richtig. Es bestätigt, dass sich die Finma juristisch auf dünnem Eis bewegt hat. Als Staatsbürger bin ich positiv überrascht. So zeigt das Bundesverwaltungsgericht, das bei der Herausgabe der UBS-Kundendaten aussen vor gelassen wurde, Zivilcourage, es demonstriert Stärke und gewichtet die Rechtsstaatlichkeit höher als politische Opportunitäten. Das erschütterte Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit ist wiederhergestellt. Für die Schweiz, ihr Ansehen und ihren Finanzplatz ist das Urteil sehr gut. Für den Staat bringt es dagegen neue Probleme.

Inwieweit halten Sie das Urteil im Ergebnis für richtig?

Kunz: Weil es festhält, dass das Bankkündengeheimnis nur in formellen Verfahren aufgehoben werden kann, und dafür braucht es eine gesetzliche Grundlage. Das ist der Fall in Amtshilfe- und in Rechtshilfeverfahren. Mit der Aushändigung der 300 UBS-Kundendaten an die USA im vergangenen Februar aber hat die Finma das Bankkündengeheimnis verletzt, ohne genügende gesetzliche Grundlage.

Was ist mit den Artikeln 25 und 26 des Bankengesetzes, auf die sich die Finma unverdrossen beruft?

Kunz: Diese Artikel haben einen völlig anderen Zweck. Sie geben der Finma Handhabe, um bei Insolvenzgefahr einer Bank einzuschreiten. Der Gesetzgeber will damit ähnliche Pleiten wie einst jene der Spar- und Leihkasse Thun verhindern. Insbesondere geht es aber nicht um die Herausgabe von Bankkundendaten. Artikel 25 und 26 sollen den Banken für die Bankkunden helfen – aber nicht die Bankkunden schädigen.

Trotzdem hat die Finma die Daten letzten Februar an die USA übermittelt. Was ist da schiefgelaufen?

Kunz: Wie der Schriftverkehr zwischen der Finma und dem Bundesrat zeigt, war man sich seit Herbst 2008 bewusst, dass der Druck der USA unablässig steigt und man in absehbarer Zeit zum Handeln gezwungen sein würde.



Bild: www.ivr.unibe.ch

Peter V. Kunz: «Notrecht hätte eine politische Debatte über die Aufspaltung der UBS vom Zaun getreten.»

Als sich im Februar die Lage zuspitzte, befand sich die Finma in der Zwickmühle. Sie musste handeln, doch der Bundesrat, der auch hätte handeln müssen, tat nichts. Also rückte die Finma die Daten unter US-Druck heraus. Bundesrat und Finma hatten offensichtlich zu lange zugewartet.

Welcher Weg wäre Ihrer Ansicht nach korrekt gewesen?

Kunz: Der Bundesrat selber hätte die Kundendaten via Finma unter Anwendung von Notrecht im vergangenen Februar herausgeben müssen. Denn es ging nicht in erster Linie um die Rettung der UBS, sondern die Behörden hatten die Systemstabilität des Finanzplatzes Schweiz im Auge.

Der Bundesrat hat aber kein Notrecht angewendet. Warum nicht?

Kunz: Er hat vermutlich die politischen Folgen gescheut. Hätte der Bundesrat Notrecht angewendet, was eine Krisensituation voraussetzt, hätte er damit im Sommer eine politische Debatte über die Aufspaltung der UBS vom Zaun getreten. Denn die Politiker hätten sich gesagt: In Zukunft nochmals eine Grossbank und damit das Finanzplatzsystem mittels Notrechts zu retten, kommt nicht in Frage.

Also hat der Bundesrat, weil er eine Debatte über die Aufspaltung der UBS scheute, den Schwarzen Peter der Finma zugeschoben?

Kunz: Ja. Doch nicht nur der Bundesrat hat falsch reagiert, sondern auch die Finma. Sie hätte Härte gegenüber dem Bundesrat zeigen und ultimativ einen Entscheid von ihm einfordern müssen, genauso, wie sie Härte zeigen muss gegenüber den Banken. Das aber bedingt an der Finma-Spitze Leute mit Durchsetzungskraft und Rückgrat. Das ist momentan nicht notwendigerweise der Fall. Das ist umso fataler, weil es gerade jetzt angesichts der Umwälzungen auf dem Finanzplatz eine besonders starke Aufsichtsbehörde braucht.

Sie sprachen eingangs von neuen Problemen für den Staat als Folge des Gerichtsurteils. Welche?

Kunz: Erstens hat die Finma laut Urteil das Bankkündengeheimnis rechtswidrig verletzt. Das öffnet die Tür für Strafanzeigen aus dem Kreis der 300 UBS-Kunden gegenüber Finma-Präsident Eugen Haltiner. Laut Gesetz muss der Bundesrat, der den Finma-Verwaltungsrat wählt, solche Strafverfahren ermächtigen, also grünes Licht dafür geben. Tut er das, gefährdet das die Reputation der Finma weiter. Täte er es nicht, wäre darüber hinaus seine eigene Reputation ramponiert. Zweitens können die Kunden Schadenersatzforderungen an die Eidgenossenschaft stellen. Sie können etwa Anwaltskosten wegen Verfahren in den USA gelten machen. Umstritten ist, ob sie auch Bussgelder wegen ihrer Steuerflucht einklagen können. Ich meine: ja.

Trifft das Urteil juristisch auch die UBS und den Bundesrat selber?

Kunz: Nein. Die UBS ist fein raus, denn sie hatte die Kundendaten der Finma auf deren Geheiss ausgehändigt. Der Bundesrat kann nicht juristisch belangt werden. Er muss sich ausschliesslich der politischen Verantwortung stellen.

Ist Eugen Haltiner als Präsident der Finma noch tragbar?

Kunz: Auch das ist eine politische Frage. Aber: Die Finma ist national wie auch international auf eine gute Reputation angewiesen. Werden gegen ihren Präsidenten Strafanzeigen wegen illegaler Herausgabe von Kundendaten eingereicht, ist Haltiner unter diesem Aspekt kaum mehr tragbar. Das würde die Funktionsfähigkeit der Finma als Aufsichtsbehörde untergraben.

Wie sieht es im Fall von Finanzminister Hans-Rudolf Merz aus?

Kunz: Bei ihm sieht es noch schlechter aus. Er hatte die Herausgabe der Kundendaten damit gerechtfertigt, es handle sich um Steuerbetrüger. Nicht nur hat sich Merz damit über die Unschuldsvermutung hinweggesetzt, nun zeigt sich auch noch, dass die Herausgabe illegal war. Solche Aussagen eines Bundesrates enttäuschen mich nicht nur als Juristen, sondern erst recht als Staatsbürger.

Interview: Thomas Griesser Kym

PERSON

Peter V. Kunz

ist Ordinarius für Wirtschaftsrecht und für Rechtsvergleichung sowie Leiter des Departements für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern. (T.G.)

JOURNAL

Beförderungen (per 1. Januar 2010)

Brauerei Schützengarten
Zu Handlungsbevollmächtigten: Markus Aemisegger, Elias Räbsamen
Zu Prokuristen: Christoph Mätzler, Felix Müller, Roger Tanner, Martin Zahner

JohnsonDiversey, Münchwilen
Zu Prokuristen: Markus Solinger, Sandro Beccari
Zu Handlungsbevollmächtigten: Gabriele König-Koberwitz,

Besserer Sozialplan bei Schwyzer Grob Textile

Die Führung der traditionsreichen Grob Textile in Lachen, die bis Mitte Jahr geschlossen wird, hat einer Nachbesserung des Sozialplans zugestimmt. Für die 186 betroffenen Mitarbeitenden wird ein paritätisch verwalteter Fonds geüffnet. Grob baut Komponenten für Textilmaschinen. (sda)

Politiker zielen auf Merz

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wird mehrheitlich als Demonstration der Rechtsstaatlichkeit begrüsst. Über die Folgen ist sich die Politik noch uneins.

BERN. Das Gerichtsurteil gegen die Finanzmarktaufsicht Finma wegen deren illegaler Herausgabe der Daten von 300 amerikanischen UBS-Kunden an die USA mache «das Versagen des Bundesrates und insbesondere des zuständigen Finanzministers Hans-Rudolf Merz offenkundig.» So kommentiert die SP und erneuert ihre Forderung nach einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK).

Diese Forderung unterstützt SVP-Vizepräsident Christoph Blocher. Der Bundesrat sei unter dem Druck der USA eingeknickt und habe die Verantwortung auf die Finma abgeschoben. «Der Bundesrat hat versagt, auf Antrag von Merz», sagt Blocher. «Der Bundes-

rat trägt die Verantwortung. Er ist der Vorgesetzte der Finma.»

«Fatale Nähe zur UBS»

Zurückhaltender äussern sich CVP und FDP, die Partei von Finanzminister Merz. Das Bundesverwaltungsgericht habe mit seinem Urteil in erster Linie die Zuständigkeiten zwischen Finma und Bundesrat geklärt, sagt der Obwaldner FDP-Ständerat Hans Hess. Trotzdem: Genau hinschauen will auch er, jedoch nicht mit einer PUK. Hess leitet jene Untergruppe der Geschäftsprüfungskommission (GPK), die das Debatkel ums Bankkündengeheimnis bereits aufarbeitet. «Eine zusätzliche PUK bringt gar nichts», sagt Hess. In seiner Gruppe arbeitet

CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger mit. «Ich breche den Stab über Merz erst, wenn ich weiss, wie stark der Bundesrat die Finma beeinflusst hat. Das herauszufinden ist unsere Aufgabe.» Dann stelle sich wieder die Frage, «wie fatal es war, dass Finma-Präsident Eugen Haltiner und Merz der UBS zu nahe stehen.»

Vergleich bleibt unbeeinflusst

Keinen Einfluss hat das Urteil laut Experten auf den Vergleich vom letzten August, wonach die Schweiz den USA die UBS-Kundendaten von 4450 mutmasslichen Steuerflüchtigen überstellt. Die Schlussverfügungen können beim Bundesverwaltungsgericht angefochten werden. (red.)

Neuer Wirbel um Milliarden-Boni

NEW YORK. Erneute Aufregung um milliardenschwere Bonuszahlungen in Amerika: Die angeschlagene Bank of America stellt ihren Investmentbankern für das abgelaufene Jahr genauso hohe Extrazahlungen in Aussicht wie vor der Krise. Die zu erwartende Ausschüttung bewege sich nahe am Wert von 2007, schrieb das in der Regel gut informierte «Wall Street Journal», ohne allerdings eine Quelle zu nennen.

Die Bank dementierte den Zeitungsbericht nicht. Sie liess lediglich verlauten, dass über die Bezahlung noch nicht endgültig entschieden sei.

Die Bank of America gehört zu den grössten Verlierern der Finanzkrise. Das Geldhaus steht gerade erst wieder auf eigenen Bei-

nen, nachdem es vom amerikanischen Staat mit 45 Mrd. \$ Steuer-geld vor dem Kollaps gerettet worden war. Vor einem knappen Monat hatte die Bank ihre Schulden beim Staat beglichen.

Die Bank of America hatte sich auf dem Höhepunkt der Krise mit der Übernahme der New Yorker Investmentbank Merrill Lynch übernommen. Es taten sich immer neue Löcher durch faule Wertpapiere auf. Ende 2008 summierte sich der Verlust auf 27,6 Mrd. \$.

Im Zuge der allgemeinen Erholung der Finanzbranche hat sich die Lage beim Mutterkonzern und der Tochtergesellschaft entspannt. Diese Erholung werde sich in den Boni niederschlagen, schreibt die Zeitung. (dpa)